

In 30 Jahren: Von der Hilfe zur Kooperation

Rückblick und Bilanz zum 30. Jahrestag der demokratischen Neueröffnung der Leipziger Universität / 1. Teil: Neueröffnung

Von Dr. Dietmar Keller, Sekretär der SED-Kreisleitung

Die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus, der militärische Sieg des ersten sozialistischen Staates der Welt über den Faschismus war Krönung und Höhepunkt einer wesentlichen Etappe des weltrevolutionären Prozesses und zugleich die Einleitung einer neuen.¹ Der deutschen Arbeiterklasse war die historische Chance gegeben, an der Seite einer sozialistischen Besatzungsmacht den historischen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auch auf deutschem Boden einzuleiten und damit den nationalen Anschluss an den gesetzmäßigen Entwicklungsprozess unserer Epoche zu finden. Sie konnte sich dabei auf eine kämpferische und erfahrene kommunistische Partei stützen, auf deren Fahnen die konsequente Sicherung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens vom faschistischen Ursatz, die Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten, die Freiheit der Forschung und der künstlerischen Gestaltung stand. Das waren Forderungen, die ihrem Wesen nach tiefst in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit Marx und Engels verankert und in den Köpfen aller aufrechten Demokraten gegenwärtig waren und zugleich ihren ureigensten Interessen entsprachen. So war vom Standpunkt der Kontinuität seit Marx und Engels der Kampf um die Demokratisierung des gesamten politischen und gesellschaftlichen Lebens im Nachkriegsdeutschland eine Fortsetzung des jahrhundertlangem Kampfes zwischen Arbeit und Kapital... unter neuen, in gewissem Sinne außergewöhnlichen historischen Bedingungen.² Sie bestanden in der revolutionären Größe und Komplexität der Aufgabenstellung und zugleich in dem überaus günstigen Umstand, daß alle zu lösenden Aufgaben unter Schirmherrschaft einer sozialistischen Besatzungsmacht zu bewältigen waren. Vom ersten Tage an befand sich die Sowjetunion mit ihrer Besatzungspolitik in völliger Übereinstimmung mit der strategischen Konzeption der KPD und den antifaschistisch-demokratischen Hoffnungen und Bestrebungen des deutschen Volkes.

Doch während nach dem 8. Mai 1945 Kommunisten, Antifaschisten und sowjetische Bildungs- und Kulturfunktionäre gemeinsam überall eine wahrhaft antifaschistisch-demokratische Politik zur Maxime ihres Denkens und Handelns machten, war in dem entgegen den Festlegungen der Konferenz von Jalta noch von den amerikanischen Besatzungstruppen besetzten mittel-deutschen Raum an eine solche Politik nicht zu denken. So war Leipzig seit dem 18. April 1945 von amerikanischen Besatzungstruppen besetzt und mußte nach zwölfjähriger faschistischer Diktatur noch ein weiteres Kapitel imperialistischer Besatzungspolitik über sich ergehen lassen. Wie in der Gesamtpolitik wurde auch in der Hochschulpolitik die Entnazifizierung nicht konsequent vollzogen. Zwar kam man nicht umhin, einige der aktivsten faschistischen Professoren zeitweilig zu verhaften oder zu suspendieren, eine konsequente, tiefgehende Entnazifizierung wurde offen und versteckt mit allen Mitteln hintertrieben. Von den Nazis von den Universitäten und Hochschulen vertriebene, weltweit bekannte Wissenschaftler wie z.B. in Leipzig und Halle der Sinologe Prof. Dr. Erkes und der Romanist Prof. Klempner wurde die Einstellung in die Uni-

versitäten versagt, konservative bürgerliche Kräfte, die von vornherein Garantien für eine eingeschränkte, ihrem Wesen nach bürgerliche Demokratisierung gaben, wurden gefördert. Einen nicht zu übersehenden Ausdruck fand das in der Einsetzung des Archäologen Prof. Dr. Schweitzer als ersten Leipziger Nachkriegsrektor. Unter seiner Federführung bemühte sich die ebenfalls von den amerikanischen Besatzungsbehörden eingesetzte Universität Leipzig im Unterschied zu anderen Universitäten dem Faschismus gegenüber „immun“ geblieben sei.

Eine bedeutsame Anzahl von Wissenschaftlern und Fachkräften wurde von den amerikanischen Besatzungsbehörden interniert und unter Androhung von Zwangsmaßnahmen verschleppt, so von der Universität Jena 109, der Universität Leipzig 46 und der Universität Halle 39 Professoren, Wissenschaftler und Mitarbeiter, vor allem aus den mathematischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Bereichen. Das betraf in gleichem Maße auch Wissenschaftler und Spezialisten aus Ingenieur- und Fachschulen sowie Großbetrieben. Parallel mit der Zwangsentführung von Kadern ging ein umfangreicher Diebstahl materiellen und geistigen Eigentums einher. In unvorstellbarem Maße wurden aus Universitäten und Hochschulen, Betrieben und Anlagen, Museen und Bibliotheken sowohl Dokumentationen, Patente und Pläne, ganze Archive, Büchereien, Zeitschriften, wissenschaftliche Ausstattungen, Apparaturen, Geräte und Laboratorien und nicht zuletzt wertvolle Kunstschätze geraubt. An der Leipziger Universität waren nach dem Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen viele naturwissenschaftliche Institute von Lehrkräften völlig entblüht. Auf dem Gebiet der Chemie gab es, sieht man von zwei jungen Assistenten ab, nicht einen Angehörigen des Lehrkörpers mehr, auf dem gesamten Gebiet der Physik waren nur noch ein Professor und zwei Assistenten verblieben. So war der 2. Juli 1945, der Tag des Einmarsches sowjetischer Truppen in Leipzig, auch für die Universität der Tag ihrer eigentlichen Befreiung. Vom ersten Tage des Wirkens der SMAD betrachtete diese in ihrer gesamten Arbeit „das deutsche Volk vor allem als ein vom Faschismus befreites Volk und nicht als eine besetzte Nation“.³ Der von den Amerikanern eingesetzte, deutschnational gesinnte Bürgermeister Dr. Vierling und der rechtssozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner wurden aus ihren Ämtern entfernt, der Antifaschist Dr. Erich Zeigner zum Oberbürgermeister und der Kommunist Helmut Holzhauser zum Leiter des Amtes für Volksbildung berufen und eine antifaschistisch-demokratische Stadtverwaltung aufgebaut.

Unermesslich groß war der Glaube und das Wissen der sowjetischen Soldaten und Offiziere um die revolutionäre Kraft der deutschen Arbeiterbewegung, der verpflichtenden demokratischen und humanistischen Traditionen der Geschichte des deutschen Volkes. Die sowjetischen Menschen, schrieb die „Tägliche Rundschau“ vor drei Jahrzeh-

ten, „glauben an ein neues Imperium der deutschen Kultur. Denn das deutsche Volk ist ewig, die Nazis nur eine, wenn auch schlimme und in ihren Nachwirkungen noch längst nicht überwundene Episode. Der Boden in der Mitte des europäischen Kontinents ist zu sehr mit geschichtlichem Erleben und kulturellen Leistungen getränkt, als daß er geistiges Odland werden könnte, und tausend Jahre deutscher Geschichte sind nicht wegzuwischen wie eine Kreidezeichnung von der Wandtafel.“⁴ Welch unvorstellbare Zuversicht spricht aus diesen Worten zu einer Zeit, wo viele Deutsche selbst sich nicht als Befreite, sondern als Besetzte, die Niederlage des faschistischen Systems als eigene Niederlage empfanden. Die jahrzehntelange antikomunistische und antasowjetische Hetze und Verleumdung hatte tiefe Narben und Spuren hinterlassen. Furcht vor der Sowjetarmee, Angst vor Vergeltung und Vorurteile verschiedenster Natur prägten das Denken vieler und das Handeln mancher Wissenschaftler und Studenten. Antikomunismus und Antisowjetismus Schritt für Schritt aus dem Wege zu räumen, war eine nationale Aufgabe von erstrangiger Bedeutung. Das vereinigende Element war zunächst vor allem das gemeinsame „Anti-“, der Antifaschismus und -militarismus. Die einheitliche Zielstellung und die Wege für die schöpferische Aufbauarbeit mußten mühsam erkämpft werden. Im engen Zusammenwirken von sowjetischen Offizieren und Aktivistinnen der ersten Stunde, die zunächst wie Dr. Ley von der Kulturabteilung der Kreisleitung der KPD, Oberbürgermeister Dr. Zeigner und Stadtrat Holzhauser, vor allem von außen auf den Demokratisierungsprozess an der Universität Einfluß nahmen, fanden sich auch die Mitglieder der beiden Arbeiterparteien und bewährte Demokraten und Antifaschisten an der Universität. An ihrer Spitze standen u.a. Gerhard Mehnert und Hasso Grabner, Heinz Such und Eduard Erkes, Walter Bocke und Otto-Theodor Schulz. Zwei zentrale Grundfragen standen in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik im Blickpunkt ihrer Aufmerksamkeit: die Überwindung der nationalistischen und faschistischen Ideologie, die Entzerrung ihrer Vertreter sowie die Brechung des alten bürgerlichen Bildungsprivilegs. Sie kulminierten in der Grundforderung des berühmten Befehls Nr. 50 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Vorbereitung der Hochschulen auf den Beginn des Unterrichts vom 4. September 1945, „nazistische und militaristische Lehrer aus dem Unterricht und der Erziehung der Studenten völlig zu beiseiten... und die Ausbildung solcher Kräfte zu sichern... die fähig wären, demokratische Grundsätze in die Praxis umzusetzen“.⁵

Das Wesen dieser Grundforderungen bestand in der Veränderung des Klassencharakters der höchsten Bildungseinrichtungen des Volkes. Es galt, sie aus einem Instrument der herrschenden Ausbeuterklasse zu einer Pflanzstätte humanistischen, demokratischen und revolutionären Bildungsgutes umzugestalten, darauf orientiert, die heranwachsende junge Generation zu einem bewußten und aktiven Kämpfer für den gesellschaftlichen Fortschritt zu erziehen. Die Entnazifizierung der höchsten Bildungstätten begann damit, daß, nachdem in den Sommermonaten alle aktiven Mitglieder der NSDAP entlassen worden waren, im Spätherbst auch

alle die, die der NSDAP nominell angehört hatten, das Recht einbüßten, an den Universitäten zu lehren. Das waren insgesamt an der Universität Leipzig 100, in Jena 98, in Greifswald 46 und in Rostock 36 Professoren. Damit war eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, der antifaschistisch-demokratischen Hochschule und Universität den Weg zu ebnen. Bedenkt man, daß an der Universität Leipzig im Studienjahr 1944/45 etwa 190 Professoren lehrten, manche von ihnen nach dem Sieg der Roten Armee und ihrem Einzug in Leipzig die Universität fluchtartig verlassen hatten, andere von den amerikanischen Besatzungsbehörden verschleppt und 100 nazistisch belastete Professoren von der Universität entfernt worden waren, wird zugleich deutlich, wie vielseitig der Kampf um die Schaffung der Voraussetzungen zur demokratischen Neueröffnung und den Beginn der Lehrveranstaltungen war.

Mit der konsequenten Entnazifizierung und Entmilitarisierung wurde der erste entscheidende Schritt zur antifaschistisch-demokratischen Neugestaltung der Leipziger Universität vollzogen. Hier bekehrte sich im Kampf um ein antifaschistisch-demokratisches Hochschulwesen zum ersten Male das enge Klassenbündnis sowjetischer Kommunisten und deutscher Antifaschisten, das einen weithin sichtbaren Ausdruck in der engen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit vor allem der Verwaltung für Volksbildung und der Informationsverwaltung der SMAD und der durch Befehl Nr. 40 der SMAD vom 23. August 1945 gebildeten Zentralverwaltung für Volksbildung unter Leitung des Kommunisten Paul Wandel fand. Nach der theoretischen und praktischen Klärung grundsätzlicher Fragen der Ausgangspositionen antifaschistisch-demokratischer Hochschulpolitik daldete die demokratische Neueröffnung der Universitäten und die Aufnahme des Lehrbetriebes keinen Aufschub. Das befruchtete vor allem die Frage nach dem Kampf um die Hirne und Herzen der jungen Menschen, sie mußten von den Überresten faschistischer Ideologie befreit und im Geiste des gesellschaftlichen Fortschritts und einer kämpferischen Demokratie er-

zogen werden. Der Kampf um die Jugend wurde zum Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes, ein Kampf, der nur mit revolutionären Methoden geführt werden konnte. Ein wichtiger Schritt in diesem Kampf war die auf entsprechende Befehle des Obersten Chefs der SMAD erfolgte demokratische Neueröffnung der Universitäten. Nach Jena am 15. Oktober 1945 folgten Berlin am 20. Januar, Halle am 1. Februar, Leipzig am 3. Februar, Greifswald am 13. Februar und Rostock am 25. Februar 1946.

Ursprünglich war die Eröffnung der Leipziger Universität bereits für den 31. Oktober 1945 vorgesehen, nachdem am 9. Juli, am 9. und 11. September der sowjetische Militärkommandant von Leipzig, Generalmajor Trufanow, der Leiter der Verwaltung für Information der SMAD, Generalleutnant Prof. Solotuchin, und seine Mitarbeiter Prof. Smirnow, Oberst Morosow und Major Dragin mit führenden Wissenschaftlern der Universität über die Aufgaben zur Vorbereitung der demokratischen Neueröffnung beraten hatten. Da sich aber bald zeigte, daß konservative und reaktionäre Kreise in der Universität die Entnazifizierung behinderten und verzögerten, mußte die Neueröffnung mehrfach vertagt und in hartem Klassenkampf herbeigeführt werden. Unabhängig davon leisteten die sowjetischen Soldaten und Offiziere überall dort, wo es auch nur annähernd möglich war, materielle Hilfe und Unterstützung. Auf Weisung der SMAD erhielt die Universität das ehemalige Amtsgerichtsgebäude Peterssteinweg und die frühere Handelshochschule in der Ritterstraße als Ersatz für das zerstörte Hauptgebäude im Zentrum der Stadt. Das ehemalige Palais in der Ritterstraße wurde als Sitz der Universität nach vor der Eröffnung der Universität ausgebaut. Alle im Amt befindlichen Professoren erhielten aus Beständen der Militärverwaltung zusätzlich monatlich Zuweisungen von Lebens- und Genussmitteln. Die ersten finanziellen Mittel in Höhe von 500 000 RM galten Investitionen zur Schaffung von Krankenzimmern, Labor-, Behandlungs- und Arbeitsräumen vor allem für die Kliniken der Universität. Mit solchen konkreten Leistungen wurde

Schritt für Schritt das bei vielen Wissenschaftlern noch vorhandene antikomunistische Weltbild erschüttert. „Die einen hatten“, so erinnerte sich Prof. Walter Markow, „wenn sie überhaupt eins hatten, ein belastetes Gewissen. Andere schämten sich für das, was diese getan oder gedacht und sie selbst weder gebindert noch verhindert hatten. Den einen wie den anderen fiel es schwer, plausible Gründe ausfindig zu machen, die den Sieger veranlassen mochten, Mißhandlungen des geschlagenen Feindes mit neuem Leben zu erfüllen.“⁶ Die demokratische Neueröffnung der Leipziger Universität am 3. Februar 1946, initiiert und vorbereitet im engen Zusammenwirken von sowjetischen Offizieren und deutschen Kommunisten und Antifaschisten, stellte einen Wendepunkt in ihrer Geschichte dar. „Sie wird“, so verpflichtete der Leiter der Verwaltung für Volksbildung der SMAD, Generalleutnant Prof. Solotuchin, alle Universitätsangehörigen, „eine Pflanzstätte der in die Zukunft weisenden Wissenschaft und Kultur sein und als ihr einziges Ziel die Ausbildung hochqualifizierter wissenschaftlicher Kräfte kennen, die fähig sein sollen, den Dienst in einem neuen demokratischen Staat zu verrichten und einen unbarmherzigen Kampf gegen alle reaktionären Theorien und Praktiken zu führen, die der Bildung eines neuen demokratischen deutschen Staates hinderlich im Wege stehen.“⁷

Fortsetzung Teil 2 in der UZ vom 23. 1. 1976: Antifaschistisch - demokratische Neugeburt 1946-1949

Anmerkungen:
1) Lamberz, W.: Ideologische Aufgaben bei der Vorbereitung des 28. Jahrestages der Befreiung, Berlin 1975, S. 8.
2) Trufanow, S. J.: Die Zusammenarbeit der SMAD und der SED im Kampf zur Demokratie und Sozialismus. In: Einheit - im Kampf getreten, Leipzig 1975, S. 96.
3) Trufanow, S. J.: Die Hilfe der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, in: ZfG, 13. Jg., 1957, H. 2, S. 233.
4) Tägliche Rundschau vom 21. März 1945.
5) Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumente aus den Jahren 1945-1949 Berlin 1962, S. 144.
6) Universitätszeitschrift der Karl-Marx-Universität vom 18. Mai 1973.
7) Ansprache Prof. Solotuchins zur Eröffnung der Universität Leipzig am 3. 2. 1946, Universitätsarchiv Leipzig (UAK), D/V, Bl. 283.

FRAGEN, DIE UNS BEWEGEN

Nach einer 1974 von Gesellschaftswissenschaftlern der DDR herausgegebenen Arbeit zum „Militär-industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem“ ist die Aggressivität des Imperialismus als der gesetzmäßig aus dem Monopol entspringende Drang zu charakterisieren, „mit der nach außen gerichteten ökonomischen und außerökonomischen Gewalt Kapitalanlage- und Einflußsphären zu erobern, andere Konkurrenten auszuschalten, fremde Völker zu unterdrücken, das sozialistische Weltssystem zu überwinden, um damit eine historisch überlebte Ausbeuterordnung zu erhalten und im Weltmaßstab auszuweiten.“¹ Diese dem Imperialismus gesetzmäßig immanente Aggressivität wird grundsätzlich nicht

dere von der UdSSR, mit Nachdruck vertreten werden, überhaupt real? Tatsache ist, daß in der Frage der militärischen Entspannung und der damit verbundenen Notwendigkeit von Abrüstungsverhandlungen und konkreten Ergebnissen wie in keinem anderen Bereich die gegensätzlichen Klasseninteressen zwischen Sozialismus und Imperialismus offenkundig werden. Geht es doch dabei um eine Radikalisierung der wichtigsten Instrumente imperialistischer Machtbehauptung und -durchsetzung - die imperialistischen Streitkräfte und die materiellen Mittel imperialistischer Aggressionspolitik. Daraus ergibt sich zunächst, daß konkrete und dauerhafte Erfolge nur im langwierigen und harten Klassen-

Abrüstungsverhandlungen - reale Chancen?

Von Dr. Siegfried Zeimer, IIS / 1. Teil

durch die Tatsache verändert, daß ihre Durchsetzung gegenwärtig mindestens gegenüber den sozialistischen Staaten infolge des veränderten Kräfteverhältnisses stark eingegrenzt ist. Während so durch die zunehmende Stärke des Sozialismus einseitig internationale Bedingungen entstanden sind, die der Durchsetzung imperialistischer Aggressivität nach außen Grenzen setzen, bestehen andererseits die sozialökonomischen Grundlagen des Imperialismus und damit auch die seines expansiven und aggressiven Wesens in der Existenz der Monopole weiter. Von hier gehen daher auch noch wie vor emanhale und spürbare Einflüsse und Störungen auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen aus, die, wie in den Dokumenten des ZK der SED mehrfach hervorgehoben wurde, jederzeit zu einer plötzlichen Verschärfung der internationalen Lage führen können. Sind unter diesen Voraussetzungen Abrüstungsgespräche oder gar Verhandlungen mit den imperialistischen Staaten, wie sie von der sozialistischen Staatengemeinschaft seit langem immer wieder gefordert und die auf der XXIX. und der gegenwärtig tagenden XXX. UNO-Vollversammlung, insbeson-

kampf erreichbar sind. Genosse Erich Moneker umriß das Ziel militärischer Entspannung in der Aufgabe: „... den Imperialisten jene Mittel aus der Hand zu schlagen, mit denen sie die Welt in eine thermonukleare Katastrophe stürzen können. Es geht darum, den Handlungsspielraum des imperialistischen Aggressionsdranges weiter einzuzengen.“² Die Realität dieser Zielstellung erwächst einmal aus dem wachsenden Einfluß des real existierenden Sozialismus sowie aus dem bisher von der sozialistischen Staatengemeinschaft erreichten bedeutenden Ergebnissen im Kampf um die Durchsetzung eines internationalen Entspannungsprozesses, darunter auch im Bereich der militärischen Entspannung. Zum anderen aber auch aus der Übereinstimmung dieser Zielstellung mit den Interessen aller revolutionären Kräfte in der Welt. Auf die Wirkungsmöglichkeiten imperialistischer Aggressivität wirken Tendenzen ein, die Abrüstungsverhandlungen real erscheinen lassen und die im zweiten Teil dieses Artikels genannt werden.

Quellen:
1) K. Engelhardt, K.-H. Heise: Der Militär-Industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, Berlin 1974, S. 24
2) Neues Deutschland vom 12. 9. 1973

ZUM AUSSCHNEIDEN



Ruinen und Trümmer - das blieb 1945 von den meisten Gebäuden der Universität übrig. Unsere Fotos zeigen die



Ruinen vom Augusteum, das sich im Bereich des Uni-Neubaukomplexes befand.

ARGUMENTE, DIE WIR BRAUCHEN